



An die Mitglieder
des Grossen Rates
des Kantons Bern

Bern, im Februar 2023

Frühlingsession 2023: Empfehlungen der Stiftung Berner Gesundheit

Sehr geehrte Frau Grossrätin, sehr geehrter Herr Grossrat

In der Frühlingsession behandeln Sie mehrere Vorstösse, die die Regierung zum Handeln in der **akuten Versorgungskrise von Menschen mit psychischen Belastungen** auffordern. Auch die Planungserklärung der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen zu den Richtlinien der Regierungspolitik 2023 bis 2026 zielt darauf ab, dass der Kanton Bern in diesem Bereich nach interdisziplinären Lösungen sucht. Denn **das Versorgungssystem** kann den erhöhten Bedarf an Beratungen, Abklärungen und Behandlungen schon länger nicht mehr decken und **ist am Anschlag**. Das signalisieren sämtliche Bereiche der Versorgungskette, von der niederschweligen Beratung über die ambulanten Beratungsstellen bis zu den stationären Einrichtungen. **Besonders bei betroffenen Kindern und Jugendlichen mit psychischen Belastungen können Versorgungslücken und lange Wartezeiten schwerwiegende Spätfolgen** haben: Beispielsweise können die Anzahl und Komplexität der Fälle in der Suchtarbeit zunehmen.

Gerne teilen wir unsere Überlegungen zu den Geschäften en détail mit Ihnen:

Motion 238-2022: Notstand in der Kinder- und Jugendmedizin – Der Regierungsrat des Kantons Bern muss sofort handeln!

Die Motion fordert den Ausbau der Notfallkapazitäten sowie eine Notverordnung, um die Versorgung in der Pädiatrie sowie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu sichern.

Suizidgedanken und -versuche bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben in den letzten Monaten und Jahren bedrohlich stark zugenommen. Deutlich mehr Kinder und Jugendliche berichten von Stress und Druck. Niederschwellige Beratungsangebote wie das Gratistelefon 147 von Pro Juventute sind viel stärker und vor allem mit schweren Fällen ausgelastet als früher. Betroffene Kinder und Jugendliche, die auf rasche professionelle Unterstützung und Hilfe angewiesen sind, müssen mit langen Wartezeiten mit verzögerter Diagnostik und Behandlung rechnen. Dies kann im schlimmsten Fall das Leben der Betroffenen gefährden. Zudem steigt das Risiko, dass unbehandelte psychische Belastungen später zu Suchtproblemen führen können. Die Sicherstellung einer angemessenen und rechtzeitigen Versorgung ist deshalb zentral.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, der Motion zuzustimmen.

Motion 240-2022: Es braucht eine Task Force zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung im Kanton Bern!

Die Motion fordert, dass eine breit abgestützte Task Force Lösungen erarbeitet, um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, die Effizienz und Effektivität in diesem Bereich zu optimieren sowie die Arbeitsbedingungen der Pflegefachleute allgemein zu verbessern.

Vom Fachkräftemangel in der Pflege ist besonders die Kinder- und Jugendpsychiatrie betroffen. Die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern beispielsweise haben ihre Leistungen in diesem Bereich in den letzten Monaten teilweise stark einschränken müssen. Für betroffene Kinder und Jugendliche haben daraus lange Wartezeiten mit verzögerter Diagnostik und Behandlung resultiert. Das kann zu schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen führen: Psychische Erkrankungen können sich beispielsweise länger hinziehen, werden schlimmer oder können sich verfestigen, was intensivere und teurere Behandlungen nötig machen kann.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Motion anzunehmen.

Wir danken Ihnen im Voraus, wenn Sie unsere Überlegungen bei der Meinungsbildung berücksichtigen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine produktive Frühlingssession. Bleiben Sie gesund!

Freundliche Grüsse



Ueli Studer
Stiftungsratspräsident



Christian Ryser
Geschäftsführer